

Jeudi matin, 6 septembre 2018

Direction des finances

32 2018.RRGR.200 Motion 066-2018 Les Verts (Imboden, Bern)

Initiative cantonale : mettre un terme à la concurrence fiscale intercantonale en harmonisant l'imposition des entreprises

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 32, der Motion von den Grünen/Imboden: «Standesinitiative: Interkantonaler Steuerwettbewerb stoppen [...]». Ich gebe der Motionärin das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Vorweg: Standesinitiativen, die auf nationaler Ebene wirken sollen, soll man tatsächlich sehr restriktiv einsetzen. Aber hier, beim vorliegenden Anliegen, geht es um die nationale Ebene und um das Verhältnis zwischen der nationalen und der kantonalen Steuerpolitik. Die vorliegende Standesinitiative thematisiert aus Sicht des Kantons Bern die schweizerische Steuerpolitik und fordert eine materielle Steuerharmonisierung auf Bundesebene bei der Festlegung der Unternehmenssteuern, welche dann Auswirkungen auf den Kanton Bern hätten. Vielleicht vorweg: Es ist ein Fakt, dass die Unternehmenssteuern in der Schweiz deutlich – ich betone: deutlich – tiefer sind als der internationale Durchschnitt. Dabei berufe ich mich auf den «Taxation Index» der BAK Economics AG in Basel, welche dies gerade letzthin wieder dargelegt hat. Die Schweiz ist sowohl europaweit als auch international ein Steuerparadies für Unternehmungen. Wir sprechen immer von hohen Steuern im Kanton Bern. Aber wenn man einen breiteren Blick hat, ist es so, dass selbst der Kanton Bern, welcher im interkantonalen Bereich bei den Unternehmungen etwas höhere Steuern hat, wie wir wissen, international immer noch unterdurchschnittlich ist. Die effektive Steuerbelastung in der Schweiz liegt bei den Unternehmenssteuern in der Schweiz bei 16,6 Prozent, im globalen Schnitt beträgt sie 29 Prozent. Ein Beispiel: In der Stadt New York, ökonomisch sicher eine starke Stadt, werden die Unternehmungen mit 40,8 Prozent besteuert. Trotzdem ändert dies nichts an der Leistungsfähigkeit dieser Stadt. Es gibt weitere Beispiele, die zeigen, wie dies zusammenhängt. Wichtig zu wissen ist, dass auch bei einer Harmonisierung der Steuersätze in den Kantonen, was ja Gegenstand der Initiative ist, die Schweiz international immer noch konkurrenzfähig wäre. Dies ist wichtig als Ausgangspunkt. Nun gibt es die einen, die den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen – darum geht es jetzt – als Naturgesetz anschauen, wie Tag und Nacht. Was Tag und was Nacht ist und ob das Naturgesetz so gilt, ist seit der Sommerzeitdiskussion nicht mehr so klar. Für die anderen ist es vielleicht eine der letzten heiligen Kühe, an die wir uns hier in der Schweiz halten wollen.

Aus Sicht der Motion gibt es drei Hauptgründe, welche für eine Harmonisierung auf nationaler Ebene sprechen. Dies vor allem aus der Perspektive des Kantons Bern. Ich nehme Bezug auf den Ökonomen Gunter Stephan. Er ist emeritierter Wirtschaftsprofessor der Universität Bern, er ist auch in der Motion erwähnt und hat unter dem Titel «Steuerwettbewerb: Fluch oder Segen?» publiziert. Er legt dar, dass es Gründe gibt, die dafür sprechen und solche, die dagegen sprechen. Allerdings sagt er – und dies ist wichtig –, es gebe Hinweise, wonach der Wettbewerb für gewisse Kantone nicht nützlich sei. Es können nicht alle gewinnen. Und er sagt, dass vor allem grosse Kantone – der Kanton Bern ist ein grosser Kanton – beim Steuerwettbewerb im Nachteil seien. Ich zitiere: «Im Allgemeinen profitieren vom Steuerwettbewerb kleine Gebietskörperschaften,», er meint Kantone, «während grosse eher verlieren.» Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind ein grosser Kanton, und der Kanton Bern gehört zu den Verlierern dieses interkantonalen Steuerwettbewerbs. Wir können nie und nimmer mit dem Kanton Zug oder mit dem Kanton Schwyz mithalten. Der Kanton Zug hat ja insgesamt weniger Einwohner als die Stadt Bern. Man sieht schon, dass die Relationen ganz

anders sind. Hier ein Argument aus ökonomischer Sicht, das zeigt, dass der Steuerwettbewerb nicht für alle gleich positiv ist. Vielleicht ist es für den Kanton Zug nützlich, darüber kann ich mich nicht aussagen, aber für den Kanton Bern ist der Steuerwettbewerb negativ.

Dies ist der zweite Punkt, diese Negativspirale, das «Race to the bottom», das bereits genannt worden ist. Der interkantonale Wettbewerb erzeugt einen Druck zwischen den Kantonen, dahingehend, wer eine Unternehmung bekommt. Wie gesagt, der Kanton Bern kann bei diesem Rennen nicht mithalten. Darum ist es in unserem Interesse, dieses Rennen jetzt endlich zu stoppen. Für Unternehmungen sind nicht nur Steuern relevant, sondern es sind dies auch die Verfügbarkeit der Infrastruktur, gut ausgebildeter Arbeitskräfte und die geografischen Komponente, welche wichtig ist, sowie die Lebensqualität. Hier kann der Kanton Bern viel bieten. Hingegen haben wir beim Steuerwettbewerb nun einmal eine Zwei auf dem Rücken. Dies wird sich nicht ändern, wenn die Steuersenkungsdiskussion im Hinblick auf die Abstimmung vom November angeheizt wird. Ich komme zum Schluss. Der Steuerwettbewerb ist ruinös für die Bevölkerung. 100 Mio. oder 150 Mio. Franken – eine Senkung ist nicht im Interesse des Kantons Bern. Helfen Sie mit, diese Standesinitiative auf die nationale Ebene zu überweisen, um zu zeigen, dass der Kanton Bern mehr zu bieten hat als nur eine endlose Steuersenkungsdebatte. Daher bitten wir um Unterstützung.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionen. Als Erstes spricht Grossrat Etter für die BDP-Fraktion.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich weiss nicht, wie oft der interkantonale Steuerwettbewerb im Verlauf der Steuerdebatte, die wir letzters geführt haben, hier vorne erwähnt worden ist. Unter diesem ruinösen Steuerwettbewerb leiden vor allem Kantone mit hohen Steuern, wie dies der Kanton Bern ist. Aus dieser Warte haben wir ein gewisses Verständnis für das Anliegen der Motionärin. Trotzdem lehnt die BDP-Fraktion diesen Vorstoss einstimmig ab, aus folgenden Gründen. Folgende Gründe sprechen gegen die Motion: Erstens: Eine Standesinitiative ist beim Bund sehr unbeliebt und wird entsprechend auch zurückhaltend behandelt. Zweitens: Es dürfte nicht ganz einfach sein, wenn nicht sogar unmöglich, die grossen, steuergünstigeren Industriekantone für ein solches Anliegen zu gewinnen. Drittens: Eine Verfassungsänderung auf Bundesebene müsste schlussendlich vom Schweizervolk noch angenommen werden, und dies dürfte auch nicht ganz ein Sonntagsspaziergang werden. Und Viertens haben wir uns auch die Frage gestellt, auf welchem Niveau der harmonisierte Steuertarif festgelegt werden sollte. Würde der Tarif gesamtschweizerisch auf dem Niveau des Kantons Bern festgelegt, wären wahrscheinlich die Firmen in den steuergünstigsten Kantonen eher unglücklich. Würde der Tarif auf dem Niveau der tiefsten Kantone festgelegt, wären jene Kantone mit einem hohen Steuersatz benachteiligt. Somit bleibt wahrscheinlich irgendein Mittelweg mit dem Durchschnitt aller Kantone. Dabei könnte man vielleicht eine mittlere Unzufriedenheit zwischen den Firmen und den verschiedenen Kantonen herstellen. Aber damit schiessen wir uns selbst ins Bein, liebe Natalie Imboden.

Bei einem mittleren Steuertarif für juristische Personen sprechen wir nicht, wie jetzt in der vorliegenden Revision des Steuergesetzes (StG), von einer Steuerreduktion von 40 Mio. Franken, sondern dann werden es vielleicht 200 Mio. Franken sein. Für diesen Fall möchte ich Sie bitten, das Referendum gegen das StG sofort zurückzuziehen, sonst wären Sie inkonsequent. Wir können uns in dieser Hinsicht durchaus eine gewisse Nivellierung der tiefsten Steuertarife vorstellen. Allenfalls gibt es in einem Kanton auch andere Eckwerte, welche im interkantonalen Steuerwettbewerb harmonisiert werden könnten. Aber eine Vereinheitlichung der Steuertarife oder der Steuersätze für juristische Personen in allen 26 Kantonen können wir uns nicht vorstellen. Das ist kaum denkbar, aber Träumen ist ja nicht verboten. Aus all diesen Gründen lehnt die BDP-Fraktion die Motion zur Standesinitiative einstimmig und mit Überzeugung ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Bevor ich Ursula Zybach das Wort gebe, gebe ich es Barbara Streit. Sie sprechen nicht als Mitmotionärin, sondern als Fraktionssprecherin. Ist dies richtig? – Gut. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Frau Ursula Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Ich kann es sehr kurz machen, weil Natalie Imboden vorher sehr klar und deutlich gesagt hat, worum es hier geht. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird diese Motion selbstverständlich unterstützen. Ich denke, dass der Steuerwettbewerb in den letzten Jahren ad absurdum geführt wurde. All jene, die schon auf dem Zürichsee waren, müssen gar nicht viel von Geografie verstehen, um zu merken, wo der Kanton Zürich aufhört und wo der Kanton Zug anfängt.

Der Wechsel zwischen den Kantonen, zeigen sehr klar sind, wie es ist, wie attraktiv dies wird. Dies zeigt auch das Referat von Gunter Stephan, welcher sowohl von der Motionärin als auch vonseiten der Regierung. Ich merke in Bezug auf die Geografie, dass ich vorhin einen falschen Kanton erwähnt habe. Klammer geschlossen. Aber ich merke, dass Sie zuhören zu. Stephan Gunter schreibt dort, es gebe Hinweise darauf, dass nicht alle gewinnen und ohne flankierende Massnahmen insbesondere die grossen Kantone im Nachteil sind. Nachdem wir vorhin gehört haben, mit welchen Kantonen wir uns im Zusammenhang mit der letzten Motion hätten vergleichen können, ich bin immer noch der Meinung, dass der Kanton Bern wirklich ein grosser Kanton ist. Einen Abschnitt aus diesem Bericht möchte ich zitieren. Ich finde, er zeigt sehr gut, worum es geht. Wenn sich Vermögende in einigen Kantonen konzentrieren, können diese trotz niedrigeren Steuern vergleichbare staatlichen Leistungen anbieten. Dies löste wiederum eine Zuwanderung von anderen Vermögenden aus, wodurch die Steuern weiter gesenkt werden können. Gleichzeitig steigen dadurch die Immobilien- und Mietkosten, was Bezieher niedriger Einkommen veranlasst, in andere Kantone abzuwandern, und diesen anderen Kantonen höhere Sozialausgaben verursacht. Im Extremfall kann es zu einer Segregation der Gesellschaft kommen: Auf der einen Seite die Reichen, die wenig Steuern bezahlen müssen, sich viel leisten können, und auf der anderen stehen diejenigen Kantone mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern, wo es ein Problem mit den staatlichen Ausgaben gibt. Schieben wir hier einen Riegel vor, machen wir diese Standesinitiative. Ich bitte Sie, dieser zuzustimmen.

Michael Köpfli, Bern (glp). Wir lehnen diese Standesinitiative klar ab. Nicht nur, weil wir grundsätzlich skeptisch sind gegen dieses Instrument, sondern auch, weil wir überzeugt sind, Wettbewerb führe zu mehr Effizienz, Innovation und Qualität. Dies ist nicht nur bei privaten Unternehmungen so, sondern es ist auch beim Staat der Fall und bei staatlichen Verwaltungen. Mit Blick auf den Kanton Bern sind wir überzeugt, dass der Kanton Bern sehr von diesem System profitiert, und zwar nicht zuletzt über den Nationalen Finanzausgleich (NFA).

Es ist wichtig: Wir haben nicht nur einen Steuerwettbewerb in der Schweiz, sondern wir haben auch einen Finanzausgleich, der dazu führt, dass auch die Kantone, die bei den Steuern nicht mit den Allerbesten mithalten können, davon profitieren. Wir können dankbar sein für den Finanzplatz Zürich. Wir können dankbar sein für die Pharmaindustrie im Kanton Basel-Stadt, und wir können auch dankbar sein für die vielen mobilen internationalen Firmen, die im Kanton Zug oder Schwyz ansässig sind und eben nicht in ein anderes Steuerparadies ziehen. All diese bringen nicht zuletzt dem Kanton Bern viel Geld. Ich empfehle allen, im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) oder im Budget der nächsten Jahre zu schauen, wie viel Geld im Budget unseres Kantons über den Finanzausgleich zu uns fliesst. Ich glaube, wir schiessen uns ins eigene Bein, wenn wir die nationale Steuerharmonisierung anstreben. Die Folge davon wäre nämlich klar. Die Folge davon wäre, dass es eine Harmonisierung nach oben gäbe. Dies würde dazu führen, dass die Unternehmen die Schweiz verlassen, abwandern würden. Dies wiederum führte zu tieferen Finanzausgleichszahlungen. Die Folge davon wäre, dass der Kanton Bern ärmer würde, während die Steuern für KMU, die nicht wegziehen können, und für die natürlichen Personen erhöht würden. Die Folge davon wäre ganz klar ein weiterer Abbau des Staats, also der staatlichen Leistungen im Kanton Bern, oder eben eine Steuererhöhung für das Gewerbe und für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn man eine Standesinitiative im Interesse des Wirtschaftsstandorts Bern lancieren möchte, müsste man aktuell eine machen, mit der der Bundesrat oder das Parlament klar dazu aufgefordert wird, die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge nicht zu gefährden, welche im Moment durch die unheilige Allianz der Gewerkschaften mit dem Aussenminister der Freisinnigen riskiert werden. Dies ist viel entscheidender für die Prosperität des Kantons Bern als eine nationale Steuerharmonisierung.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Ich spreche einerseits für die Fraktion, aber andererseits natürlich auch als Mitmotionärin. Die EVP ist einfach verwundert über die Antwort des Regierungsrats. Er bekennt sich mit fliegenden Fahnen zu einem uneingeschränkten Steuerwettbewerb und schießt sich damit ins eigene Bein. Ich brauche das gleiche Bild von Herrn Etter und Herrn Köpfli, aber aus der gegenteiligen Position heraus. Wir als Berner EVP-Fraktion müssen in diesem Fall ganz klar sagen, dass wir uns durch den Berner Regierungsrat nicht vertreten fühlen. Wie kommt der Regierungsrat dazu, für den Steuerwettbewerb für juristische Personen einzutreten? Warum soll Bern als strukturschwacher und kostenintensiver Kanton den Steuerwettbewerb innerhalb der Schweiz unterstützen? – Unser Kanton ist gerade wegen des

Steuerwettbewerb in den letzten Jahren im Ranking stark nach unten gerutscht. Landauf, landab sind die Unternehmenssteuern gesenkt worden. Der Kanton Bern kann und konnte es sich nicht leisten, in diesem Rennen mitzumachen. Trotz verschiedener Sparpakete, welche empfindliche Einschnitte für die Schwächsten in unserem Kanton gebracht haben, glauben die Bürgerlichen und damit die Mehrheit des Regierungsrats an den Nutzen von Steuersenkungen.

Man weiss aber heute, dass höchstens die kleinen, ländlichen Kantone – dies wurde auch schon einige Male erwähnt – davon profitieren, diejenigen, die als Trittbrettfahrer von Städten profitieren. So zum Beispiel der Kanton Obwalden. Dort war ich einmal beim Regierungsrat zu Besuch. Obwalden war ja ein Steuersenkungs-Pionierkanton. Dieser ist natürlich eindeutig Trittbrettfahrer der Infrastruktur der Stadt Luzern. Die Steuern sind in der ganzen Schweiz, im Vergleich zu anderen Ländern, schon jetzt sehr tief – dies ist auch schon gesagt worden – und dies bei hoher Lebensqualität und schlicht grossartigen öffentlichen Dienstleistungen. Alle Kantone in der Schweiz haben also die Chance, dass ausländische Unternehmen zuziehen beziehungsweise nicht wegziehen. Es gibt zig andere Kriterien, warum ein Unternehmen an einem bestimmten Ort sein Domizil haben will, ausser den Steuern. Ist es angesichts der guten Karten im internationalen Steuerwettbewerb tatsächlich sinnvoll, wenn wir uns in unserem kleinen Land mit einem internen Unternehmenssteuerwettbewerb zerfleischen? – Man muss sich den Ressourcenverschleiss vor Augen führen, die nutzlosen Diskussionen, in diesem Fall auch der destruktive Konkurrenzdruck zwischen den Kantonen, was vor allem auch für den Kanton Bern destruktiv ist. Der Kanton Bern ist, wenn man den Kanton mit einer Fussballmannschaft vergleicht, finanziell gesehen kein Stürmer. Dies ist uns allen klar. Diese Rolle müssen wir den Zürchern mit ihrer Finanzindustrie überlassen. Wir sind aber ein Mittelfeldspieler, der den Ball zuverlässig weitergibt. Ohne Mittelfeldspieler kann auch der Stürmer nicht funktionieren. In diesem Sinn steht die EVP, wie der Regierungsrat, hinter dem NFA, und wir sind seitens der EVP auch bereit, dafür zu kämpfen. Den Finanzausgleich aber in Zusammenhang mit dem Steuerwettbewerb zu bringen, finden wir heikel. Der Finanzausgleich ist nicht dafür da, den Steuerwettbewerb abzufedern.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wegen des inflationären Gebrauchs dieses Bildes, sind nun beide Beine angeschossen. (*Heiterkeit*) Für die FDP-Fraktion hat Grossrat Haas das Wort.

Adrian Haas, Bern (FDP). Mittelfeldspieler ist okay, aber man sollte ja auch nicht ein Eigengoal schiessen. Inhaltlich ist dieser Vorstoss ziemlich alter Kaffee, und er dürfte auch im Bundesparlament absolut chancenlos sein. Die Motionärin weiss das wahrscheinlich auch, aber sie wollte wieder einmal die Steuerthematik auf die Traktandenliste setzen. Ich glaube, der Regierungsrat ist auf dem richtigen Gleis, Barbara Streit. Auch das kantonbernische Volk hat am 28. November 2010 die Initiative, die entsprechende Initiative der SP, welche eine materielle Steuerharmonisierung verlangt hat, abgelehnt. Dies zeigt, dass der Steuerwettbewerb vom Volk getragen wird. Er gehört zum schweizerischen Föderalismus und ist ein wichtiger Standortfaktor. Der Steuerwettbewerb gewährleistet die Vielfalt, die Auswahl in effizienter Weise und die Innovation bei öffentlichen Leistungen. Er findet denn auch in klar definierten Leitplanken statt. Es gibt dann noch das Korrelat des Finanzausgleichs. Das gesamte Konstrukt ist positiv. Alle profitieren von einer hohen Qualität von öffentlicher Infrastruktur, von einer breiten, relativ kostengünstigen und vielfältigen Auswahl an öffentlichen Leistungen. Das sogenannte «Race to the bottom» findet nur in den Referaten statt, in der Wirklichkeit nicht. Es gibt keinen schädlichen Steuersenkungswettlauf der Kantone. Im Gegenteil, die Steuereinnahmen sind immer stärker gewachsen. Wir haben vorher im Zusammenhang mit dem Ausgabenwachstumsvorstoss darüber diskutiert, ob die Einnahmen über dem Volkseinkommen wachsen. Der Steuerwettbewerb ist ein gutes Instrument. Darauf dürfen wir unmöglich verzichten, sonst würden wir uns selbst auch ins Bein schiessen. Ich bitte Sie, die unnötige Standesinitiative abzulehnen.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich kann mich weitgehend dem Vorredner der FDP anschliessen. Auch die SVP wird diesen Vorstoss einstimmig ablehnen. Wir sind bereits von der Art und Weise her der Meinung, die Standesinitiative sei aus verschiedenen Gründen ein suboptimales Vorgehen. Als Nettoprofitteur des Finanzausgleichs täte der Kanton Bern vielleicht nicht gut daran, wenn er denjenigen Kantonen, die das Geld für den Finanzausgleich liefern, sagen würde, wie sie ihre Steuerpolitik machen sollen. Ich glaube, dies käme in Bundesbern nicht so gut an und wäre vielleicht der Solidaritätsbereitschaft der Nettozahler nicht unbedingt zuträglich.

Aber die Motion ist ungeachtet des Vorgehens auch in der Sache falsch. Ich möchte, wie dies der Vorredner der FDP gemacht hat, auch im Namen der SVP-Fraktion sagen, dass der Steuerwettbewerb nichts Schlechtes ist; er ist etwas sehr Gutes. Der Steuerwettbewerb dient auch nicht einfach irgendwelchen Konzernen oder ist eine libertäre Orthodoxie. Nein, den Steuerwettbewerb haben wir, weil er den Leuten dient, weil er die Politik zwingt, die Steuern tief zu halten, weil der Wettbewerb zwingt, das Gegenüberstehen verschiedener Gemeinwesen gegenseitig attraktiv zu halten. Ich bin überzeugt, dass ohne Steuerwettbewerb eine Steuersenkungsvorlage, wie die, die wir beschlossen haben, nicht möglich wäre. Denn Politiker sind nicht bekannt dafür sind, dass sie besonders Freude an Steuersenkungen haben. Das Gegenteil ist in der Regel einfacher möglich. Politiker können sich ohne Druck aus der Bevölkerung eher über Steuererhöhungen einigen. Der Steuerwettbewerb ist ein Dienst am Bürger. Auch wenn wir jetzt sagen, dass primär die grossen Unternehmen profitieren werden, auch wenn wir aus einer sehr kurzfristigen Optik sogar richtig liegen, sind es aber diese grossen Unternehmen, die mit grossen Investitionsvolumen eine grosse Zahl an Arbeitsplätzen schaffen werden. Davon profitieren auch wieder alle. Wir schiessen uns effektiv ins eigene Bein, wenn wir den Steuerwettbewerb beseitigen oder reduzieren wollen.

Vielleicht noch zum Schluss. Offenbar besteht hier die Meinung, Steuerwettbewerb bedeute, man müsse der Beste, sprich derjenige mit den tiefsten Steuern, sein. So ist es natürlich nicht. Niemand hier drin hat das Gefühl, auch nicht die SVP-Fraktion, der Kanton Bern müsse der steuergünstigste Kanton sein. Dies wäre effektiv nicht möglich. Aber soweit müssen wir gar nicht gehen. Der Kanton Bern hat sehr viele Vorteile, gute Dienstleistungen im Bildungssektor, eine gute öffentliche Verwaltung, gute Naherholungsgebiete, attraktiven, ländlichen Raum. Der Kanton Bern hat sehr viele Vorteile, die für sich sprechen. Wir müssen einfach darauf achten, dass unsere Steuerbelastung nicht derart schlecht ist, dass man trotz all dieser Vorteile nicht in den Kanton Bern kommt. Damit will ich sagen, dass es nicht darum geht, dass wir diejenigen mit den tiefsten Steuern sein müssen, aber wir müssen eine anständige Steuerbelastung haben, und der Steuerwettbewerb hält uns dazu an, dies immer Kopf zu behalten. Nein zu dieser Motion.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben vielleicht gesehen, dass soeben selbstverständlich nicht Haşim Sancar gesprochen hat, sondern Patrick Freudiger. *(Der Vizepräsident nimmt Bezug auf den fälschlicherweise auf dem Display aufgeführten Grossrat Sancar.)* Dies passiert, wenn man irgendwo nicht ganz präzise ist. Jetzt sollte sich Haşim Sancar noch einmal anmelden, wenn ich ihn bitten darf. Jetzt für die Fraktion der Grünen, Haşim Sancar. – Sorry! *(Der Vizepräsident drückt etwa Falsches auf dem Schaltpult. Heiterkeit im Saal.)* Ursula Marti, melden Sie sich bitte noch einmal an. Danke.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Ich bin froh um diese Korrektur. Sie werden auch sehen, warum eigentlich. Eine Harmonisierung der Unternehmenssteuer auf nationaler Ebene würde den Steuerwettbewerb etwas stabilisieren und gerechter ausgestalten. Deswegen sollte der Regierungsrat eine Ständeinitiative einreichen, wie dies die Motion verlangt. Mit dem Steuerwettbewerb wird ein Wettlauf bis zum Boden betrieben. Dies geschieht, wenn jeder Kanton oder jede Gemeinde die andere zu unterbieten versucht. Dadurch nimmt sie weniger Steuern ein, und wenn das Steuersubstrat sinkt, entstehen neue Ungleichheiten infolge der jeweils entschiedenen Ausgabenreduktion. Dieser Wettlauf richtet zu viel Schaden an für das Gemeinwesen. So werden den Unternehmen Steuern geschenkt, um sie anzulocken. Gleichzeitig verlieren andere Gemeinden oder Kantone dadurch genau diejenigen Steuern, die das Unternehmen ihnen vorher bezahlt hatten.

Schmecken tut dieser Wettbewerb vor allem den juristischen Personen. Sie sind letztendlich die Einzigen, die von diesem bodenlosen Wettbewerb profitieren. Das Lobbying der Wirtschaftsorganisationen funktioniert in diesem Sinne gut. Doch wir sind die gewählte Vertretung der Bevölkerung. Uns muss auch etwas anderes interessieren und zwar, wer letztendlich die Zeche bezahlen muss. Denn es ist klar, der Wettbewerb ist nicht gratis. Die Wohnbevölkerung muss infolge der überhöhten Steuern oder wie im Fall des Kantons Bern mit Kürzungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit bei der Grundversorgung einstecken. Der Steuerwettbewerb ist überhaupt eine Spirale nach unten, welche die Lebensqualität der Bevölkerung senkt, und oft sind Frauen mehr betroffen, weil sie eine grössere Last der abgebauten öffentlichen Dienstleistungen unbezahlt und bald auch unsichtbar selbst verrichten müssen.

Bei der Steuerharmonisierung geht es indes um etwas anderes, nämlich um die Zukunft unseres

Landes, welche auf dem gesellschaftlichen Zusammenhalt beruht. Auch die Rückseite dieser mit Steuern getriebenen Lockstrategie verdient unsere Aufmerksamkeit. Sicher, viele werten es als Erfolg, wenn die internationalen Unternehmer mittels tiefen Steuern in die Schweiz gelockt werden. Doch diese Methode ist höchstproblematisch. So stellt sich zum Beispiel die Frage, was denn am ursprünglichen Ort übrig bleibt, wie viel des hier erwirtschafteten Profits dahin zurückfliesst, wo Arbeitskraft investiert wird. Es ist wichtig, dass ein Unternehmen dort Steuern bezahlt, wo die Arbeitskraft ist, also da wo die Schulen, Plätze oder die Gesundheitsförderung eine umfassende und gute Grundversorgung diese Arbeitskraft überhaupt erst generiert, da wo der kostenintensive Alltag gelebt wird, auch von denjenigen Menschen, die ihre Arbeitskraft für den Profit des Unternehmens einsetzen. Es ist eine schlechte Praxis, wenn Staaten wie die Schweiz, Unternehmen mit der Aussicht auf tiefe Steuern anlocken, nur damit deren Profit steigt, ohne dass gleichzeitig die lokale Bevölkerung davon profitiert, welche die Arbeitskraft liefert. Steueroasen hier hinterlassen Steuerwüsten dort, wo Arbeit investiert wird. Die demokratischen Strukturen der Stammländer solcher Unternehmen leiden unter dieser Unternehmensflucht. Die Ausrede, dass andere Länder ihre Steuern für Unternehmer senken würden, reicht nicht, um diese Ungerechtigkeit zu rechtfertigen. Arbeitskraft braucht Substrat, braucht ein System von Dienstleistungen, welches die Lebensqualität sichert. Und das geht nun vor allem mittels genügend Steuerereinnahmen. Der NFA, der als Gegenmittel immer wieder vorgekauft wird, ist auch kein Heilmittel. *(Der Vizepräsident bittet den Redner, sein Votum abzuschliessen.)* Ich komme zum Schluss. Die Geberkantone werfen uns, den Nehmerkantonen, immer wieder vor, dass wir nicht genügend Kürzungen vornehmen, und weil die Kantone, die von den wertschöpfungsschwachen Kantonen lautstark Anpassungen zu ihren Gunsten verlangen, wird der Ausgleich immer dünner. *(Der Vizepräsident schaltet dem Redner das Mikrofon ab.)*

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich muss Sie leider abkürzen, Sie hatten schon fünfeinhalb Minuten Redezeit. Als letzter Fraktionssprecher hat Grossrat Grädel für die EDU das Wort.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU). Konkurrenz belebt den Markt. Ich glaube, es gibt noch Leute hier drin, die nicht wissen, dass wir von der Wirtschaft und der Landwirtschaft leben. Deshalb ist es wichtig, dass wir einen tiefen Steuerfuss haben, dass die Firmen in der Schweiz bleiben. Dies gibt Arbeitsplätze, das ergibt auch Steuereinnahmen. Wenn die Wirtschaft abwandert, geht es uns nicht mehr gut. Deswegen sind wir gegen eine Standesinitiative für eine Harmonisierung des Unternehmenssteuerfusses.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Als Erstes Grossrätin Ursula Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Ich kann nicht verstehen, wenn man gerade aus Sicht des Kantons Bern gegen die vorliegende Forderung ist. Wie kann man dagegen sein? – Der Kanton Bern ist derjenige Kanton, der am meisten unter dem Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen leidet. Der Steuerwettbewerb ist der Grund, weshalb die Regierung und die Mehrheit des Grossen Rats jetzt auf Biegen und Brechen Unternehmenssteuersenkungen machen wollen, welche uns sehr schaden und zu massiven Einsparungen führen, welche zu Stellenabbau führen, durch welche eine Zentralisierung nicht möglich sein oder erschwert wird, oder wodurch es sogar immer mehr Zentralisierungen kommt, die niemand will. Es sind nicht nur die Einsparungen. Es ist auch Geld, welches uns nachher fehlt, welches wir dringend brauchen, um Dinge zu korrigieren, um auch Dinge besser aufzubauen. Ich denke an die Löhne der Lehrpersonen, der Polizistinnen und Polizisten, welche nicht konkurrenzfähig sind. Wenn man im Kanton Solothurn arbeitet, hat man 1000 Franken mehr pro Monat. Wir hätten sehr viel Nachholbedarf in diesem Bereich, in vielen anderen Bereichen. In die Kinderbetreuung müsste man viel mehr investieren, was auch der Wirtschaft sehr viel nützen würde. Dies würde ihr viel mehr nützen als eine kleine Steuersenkung. Die Wirtschaft bezahlt sowieso nicht viel an Steuern. Es sind 10 Prozent; 90 Prozent zahlen wir als natürliche Personen. Wir haben durch diesen Steuerwettbewerb sehr viel Negatives, was uns sehr schadet. Wir müssten eigentlich die Ersten sein, die sagen: Eindämmen, dem einen Riegel vorschieben! Ein absoluter Denkfehler ist auch, dass alles nach diesem Steuerrating funktioniert. Also, die Rangliste der Kantone ist das Mass aller Dinge. Dies ist total falsch. Damit macht man sich gegenseitig kaputt. Irgendein Kanton ist immer zuunterst in dieser Rangliste. Jeder, der zuunterst

ist, senkt seine Steuern, damit er hinaufkommt. Dann ist ein anderer zuunterst, der die Steuern auch wiederum senkt. Es ist ein «Race to the bottom». Am Schluss bezahlen die Unternehmen nirgendwo mehr Steuern. Dies macht uns kaputt. Es ist unbegreiflich, dass wir nicht helfen, gerade als Kanton Bern, da einen Stopp zu machen. Es ist vor allem auch völlig unnötig. Es ist völlig unnötig. Die Schweiz ist international ein totales Steuerparadies und kompetitiv. Also, die Unternehmen gehen nicht weg aus der Schweiz. Wir haben so oder so tiefe Steuern. Es gibt keinen Grund, unter den Kantonen einen solchen Wettbewerb zu machen, und deswegen möchte ich Ihnen dringend empfehlen, die sehr gute Initiative anzunehmen.

Urs Graf, Interlaken (SP). Stellen Sie sich eine Familie in Wollerau, Schwyz, vor. Der Vater ist Manager, die Mutter Hausfrau, der Sohn leider drogenabhängig, die Tochter Studentin von internationalen Beziehungen. Der Vater erleidet einen schweren Herzinfarkt, muss in die Klinik nach Zürich und wird dort gepflegt. Die Mutter ist kulturinteressiert. Sie bekommt ein wunderbares Angebot in Zürich. Der Sohn ist in der Drogenszene in Zürich. Die Tochter studiert internationale Beziehungen in Genf. Weder die Gesundheit noch die Kultur noch das Soziale noch die Ausbildung werden ohne allgemeine Steuergelder finanziert. Diese Familie profitiert von den Angeboten der grossen Kantone. Der Steuerwettbewerb führt dazu, dass kleine Kantone diese Karte spielen können, die grossen nicht. Diese müssen das ganze Paket anbieten. Das Modell der Steuersenkungen ist nicht multiplizierbar und deswegen nicht zu schützen. Ein nicht multiplizierbares Modell kann keine Lösung sein. Wir haben einen Steuerwettbewerb, indem die einen, wenn man sich einen Huntermeterlauf vorstellt, bei sechzig Metern starten und die anderen bei null. Deswegen müssen wir diesen überdenken. Er führt zu unnötigen Pendlerströmen. Er führt zu ungesunden Bodenpreis-Haussen, die nachher privat abgeschöpft werden. Er führt – und dies ist das Schwierigste – zu einer eidgenössischen Desolidarisierung. Wenn Sie die «Weltwoche» lesen, vernehmen Sie immer mehr, weshalb wir die Bergkantone unterstützen müssen. Dies ist nicht gesund. Ich bitte Sie, dies zu überdenken.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich werde in zehn Sekunden die Rednerliste schliessen.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). Zu all jenen, die in Beine geschossen haben, einmal links, einmal recht, muss ich als friedfertiger, waffenloser Täufer hier vorne sagen: Rüsten Sie in diesem Steuerwettkampf eine Runde ab und stimmen Sie der Motion zu! (*Heiterkeit*)

Raphael Lanz, Thun (SVP). Es ist schon viel gesagt worden. Ich möchte vielleicht nur noch etwas sagen an die Adresse von Kollegin Marti. Was mir einfach etwas zu denken gibt, ist diese Rhetorik. Hier die Wirtschaft. Sie haben gesagt, diese bezahle nur 10 Prozent und wir, wir bezahlen 90 Prozent, als gäbe es einen Gegensatz zwischen der Wirtschaft hier – das sind diese hier und vielleicht auch noch die Bösen –, und uns hier, die wir die 90 Prozent sind. Dieser Gegensatz – dies werden wir sehen, wir werden die Abstimmungskämpfe haben – existiert einfach nicht. Ich glaube, diese Rhetorik trägt auch zur Spaltung bei. Wir alle sind eigentlich die Wirtschaft. Wir sind darauf angewiesen, dass die Wirtschaft funktioniert, und man kann nicht sagen, hier die Wirtschaft und hier wir, sondern das gehört alles zusammen. Die guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ermöglichen nachher, dass die 90 Prozent, von denen Sie gesprochen haben, überhaupt ihre Steuern bezahlen können, und diese ermöglichen nachher auch, dass alle die sozialen Leistungen, die wir zu Recht erbringen, dass wir diese überhaupt finanzieren können. Deswegen möchte ich Sie schon bitten, auch wenn es manchmal etwas hoch hergeht, diesen Gegensatz nicht so heraufzubeschwören. Dies spaltet die Gesellschaft, wie andere Dinge auch, die Sie manchmal auch zu Recht kritisieren.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe das Wort der Regierungsrätin.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Sie haben in der Motionsantwort lesen können, dass der Regierungsrat ein gewisses Verständnis für das Anliegen der Motionäre hat. Trotzdem glaubt der Regierungsrat nicht, dass es richtig ist, die Tarifautonomie der Kantone einzuschränken. Der Steuerwettbewerb führt dazu, dass die Kantone und Gemeinden ganz sorgfältig prüfen, prüfen müssen, wofür sie ihr Geld ausgeben und wie sie dies tun. Es muss effizient und kostengünstig sein. Und wenn es Kantone gibt, die sich tiefere Steuersätze leisten können, führt dies auch wieder

zu einem Standortvorteil der Schweiz, von dem wir indirekt auch im Kanton Bern profitieren. Dies führt natürlich auch zu einem Druck auf alle anderen Kantone, die nachher auch schauen müssen, dass sie mit dem Steuergeld sehr effizient und sorgfältig umgehen. Natürlich, es ist eine Herausforderung, wenn andere Kantone ein deutlich höheres Ressourcenpotenzial haben als der Kanton Bern und deswegen steuerliche Entlastungen für die Unternehmungen, aber auch für die natürlichen Personen beschliessen können.

Ich möchte daran erinnern: Genau dafür hat man den NFA beschlossen. Das ist der nationale Finanzausgleich, und dieser stellt sicher, dass das höhere Ressourcenpotenzial über den Bundesfinanzausgleich den anderen Kantonen auch zugutekommt. Solange der Bundesfinanzmechanismus gut funktioniert, ist die Regierung der Meinung, dass man an dieser Tarifautonomie der Kantone auch festhalten sollte. Hinzu kommt, dass die Tarifautonomie in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) verankert ist, und diese wird, so glaube ich, von der schweizerischen Bevölkerung grossmehrheitlich auch mitgetragen. Zumindest waren bisherige Bestrebungen, diese Tarifautonomie einzuschränken, immer erfolglos.

Zur Steuervorlage 2017 (SV17): Im Moment haben wir etwas viele Steuervorlagen, Steuergesetzesrevisionen. Die SV17 ist jene, welche auf Bundesebene zur Diskussion steht, nicht die unsere. Ich sage es noch einmal, damit es auch wieder gesagt ist: Unsere StG-Revision können wir uns leisten. Es ist eben wichtig, dass wir diese machen. Sonst gehen diese Unternehmungen in steuergünstigere Kantone, da nützt übrigens auch eine Standesinitiative im Moment nichts. Dies ist die Realität, denn dann werden wir Substrat verlieren, was uns unglaublich wehtun wird. Dann werden wir über Entlastungsmassnahmen diskutieren, aber dies war ein Exkurs. Wenn mit der SV17 des Bundes die bisherigen Sondernormen für die Statusgesellschaften abgeschafft werden, könnten die für die Schweiz wichtigen, mobilen Unternehmungen, die bisher von diesen Sondernormen profitiert haben, nur mit tieferen Steuersätzen gehalten werden. Dies kann man kritisieren, man kann dies nicht gut finden. Aber liebe Grossrätinnen und Grossräte, wohin gehen sie dann? – Dann gehen sie weg aus der Schweiz, sie gehen dann ins Ausland. Es gibt nicht nur in der Schweiz günstige Konditionen, was die Steuern betrifft, sondern es gibt auch noch andere Länder. Dank unserem System der Tarifautonomie ist es möglich, dass diejenigen Kantone, die viele solcher Sonderstatusgesellschaften haben, reagieren und diese hier behalten können, indem sie ihre Steuersätze senken. Wir sind seitens der Regierung der Meinung, zum heutigen Zeitpunkt sei dies auch richtig, und deswegen lehnen wir die Motion ab. Ich danke, wenn Sie dies auch tun.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe der Motionärin, Natalie Imboden, noch einmal das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich danke recht herzlich für diese Diskussion und vor allem für das Votum von Tom Gerber, welches aufgezeigt hat, dass wir uns trotz allen Wettbewerbs auch sprachlich ein bisschen mässigen müssen. Vielleicht drei Punkte, die ich aufgrund der Debatte aufnehmen möchte. Der eine ist die Frage, worum es hier geht. Ich habe von der heiligen Kuh gesprochen, von den Naturgesetzen. Man kann auch von einem Steuerwettbewerb sprechen, der einfach zu einer Religion geworden ist. Vielleicht richtet sich dies nicht an die gute Adresse von Tom Gerber, aber vielleicht an all jene, die eher laizistisch ausgerichtet sind, dahingehend, dass es vielleicht sinnvoll ist, einmal dahinter zu schauen, statt diese Mantras herunterzubeten, wie dies in der Vergangenheit immer gemacht wurde.

Darum möchte ich auch das Votum von Kollege Etter noch einmal erwähnen. Auch die Regierung hat gesagt, sie habe ein gewisses Verständnis. Kollege Etter hat gesagt, dass eine gewisse Nivellierung vielleicht Sinn machen würde. Ich stelle fest, dass in diesem Land in den letzten Jahren doch eine Veränderung stattgefunden hat. Die negativen Konsequenzen des Steuerwettbewerbs – diese gibt es, ich glaube, dies ist unbestritten, es kann nicht immer weiter nach unten gehen, sonst bezahlt man null Steuern, und die Unternehmungen bekommen noch Geld zurück –, haben dazu geführt, dass die Leute doch kritischer geworden sind, und auch das Votum der BDP zeigt, dass man ein gewisses Verständnis für eine gewisse Nivellierung hat.

Ich denke, dass die Abstimmung von 2008 heute zu einem anderen Resultat führen würde. Aber dies weiss man nicht, à la bonheur, man kann jetzt auch nicht darüber diskutieren.

Ich möchte gerne noch auf das Votum der FDP eingehen. Ich stelle fest, dass es bei der BDP es eine gewisse Sensibilisierung gibt, bei der SVP und der FDP nicht. Bei der FDP stelle ich einfach fest, dass diese Partei nicht ganz einstimmig ist. Ich zitiere die Finanzdirektorin der Stadt Biel, Frau Silvia Steidle, die FDP-Mitglied ist, ein Exekutivmitglied, ein prominentes dieser Partei. In einem

Interview zum Thema «Sind Sie für eine strengere Steuerharmonisierung?» hat sie, zugegebenermassen schon im Dezember 2016, Ja gesagt. Punkt. Und zwar hat sie gesagt, es brauche eine gewisse Harmonisierung, es brauche einen gewissen Prozentsatz nach unten, der abgesichert ist. Zudem hat sie gesagt: «Es geht um die Zukunft des Landes! Die FDP muss sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Darum will ich mich gerade als Liberale im Kampf gegen die Reform», gemeint sind die Steuersenkungen, «nicht verstecken. Der Freisinn hat seine liberalen Werte vergessen. Ich fordere die Rückkehr zu diesen Werten.» Ich muss sagen, diese Worte haben mich beeindruckt. Mich hat auch beeindruckt, dass die Stadt Biel gerade vor Kurzem kommuniziert hat, dass sie offiziell als Stadt unter der Führung einer FDP-Finanzdirektorin gegen die StG-Revision antreten wird, über die im Kanton Bern im November abgestimmt wird. Ich bin gespannt, ob die Bevölkerung der Meinung der Regierung ist, oder ob sie nicht eher der Meinung ist, es sei genug mit dem Steuerwettbewerb. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen, hier und jetzt diese Standesinitiative zu unterstützen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 60

Nein 91

Enthaltungen 2

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben die Motion abgelehnt mit 91 Nein-gegen 60 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Damit sind wir am Ende der Geschäfte der FIN angelangt. Ich wünsche der Finanzdirektorin Simon alles Gute, einen schönen Tag, auch ihren Angestellten und schönen Tag. Wir wechseln wieder.

Der Präsident, Jürg Iseli, übernimmt wieder den Vorsitz.